



Newsletter

Informationen aus Berlin und
der Oberpfalz

www.uli-groetsch.de
www.facebook.com/uli.groetsch

Ausgabe:

Nr. 6 / 2015 – 17.12.2015



Auch in diesem Jahr wieder wunderschön: Der Lebenshilfe-Weihnachtsbaum im Foyer des Paul-Löbe-Hauses mit Schmuck von den Mainfränkischen Werkstätten Würzburg.

Impressum:

Uli Grötsch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Büro Berlin:

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 227 74064
Fax: +49 (0) 30 227 76065

uli.groetsch@bundestag.de

Bürgerbüro:

Bgm.-Prechtl-Str. 27
92637 Weiden

Tel.: +49 (0) 961 33011
Fax: +49 (0) 961 37397

uli.groetsch.wk@bundestag.de

Liebe Leserinnen und Leser,

mit 2015 neigt sich ein Jahr dem Ende, das als ein prägendes Jahr in die jüngere deutsche Geschichte eingehen wird. Wir alle haben noch die Bilder der letzten Monate vor Augen, als tausende Flüchtlinge aus den Krisenherden im Nahen und Mittleren Osten bei uns Schutz vor Krieg und Zerstörung suchten. Inzwischen haben sich die Zahlen mehr als halbiert und wir kehren - auch dank der gesetzgeberischen Maßnahmen - zurück zu einem Stück Normalität.

Es wäre aber noch zu früh, um "wir haben es geschafft" zu sagen. Doch was wir alle hier in Deutschland in den letzten Monaten geleistet haben, halte ich für herausragend!

Jetzt müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir die Menschen mit Bleibeperspektive bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren. Den ersten Schritt in die richtige Richtung haben wir schon getan: Ab nächstem Jahr steht für die Integrationskurse mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung und die Sprachkurse haben wir auch ausgebaut.

Das Thema "Flucht & Asyl" wird mich auch im neuen Jahr intensiv beschäftigen, wenngleich ich auch andere Schwerpunkte meiner Arbeit nicht vernachlässigen werde, wie die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, Prävention vor Radikalisierung und der Kampf gegen Rechts.

Ich freue mich auf diese und alle anderen Themen im neuen Jahr. Und ich freue mich darauf, Euch und Ihnen bei den verschiedensten Anlässen zu begegnen. Bis dahin wünsche ich ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2016.

Herzliche Grüße

Uli Grötsch
Mitglied des Deutschen Bundestages



Bei meinem Besuch in Paris mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenausschuss konnte ich erleben, wie sehr die Franzosen auf unsere enge Freundschaft bauen - aus Überzeugung.

Solidarität mit Frankreich

Syrien-Einsatz der Bundeswehr

Am 4. Dezember hat der Bundestag mit großer Mehrheit den Einsatz der Bundeswehr in Syrien beschlossen - auch mit meiner Stimme. Auch der Bundesparteitag der SPD hat die Linie der Parteiführung bestätigt. Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich mir die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Tatsächlich war es die bislang schwerste Entscheidung, seit ich Bundestagsabgeordneter bin. Meine Beweggründe habe ich in einem Infobrief ausführlich erläutert. Er ist sowohl auf meiner Homepage als auch unter dem Link am Ende des Textes abrufbar.

Mein „Ja“ zum Bundeswehreinsatz in Syrien ist ein „Ja“ zur europäischen Solidarität mit Frankreich. Was wäre es für ein Signal an unseren engsten Partner, wenn wir in dieser Situation unsere Solidarität verweigern würden? Ich glaube, dass das deutsch-französische Verhältnis auf Dauer schwersten Schaden nehmen würde, wenn wir jetzt nicht an der Seite Frankreichs stehen. Ich sage „Ja“ nicht etwa, weil ich glaube, dass Europa, insbesondere die osteuropäischen Staaten, gerade ein tolles Beispiel für gelebte Solidarität abgibt. Sondern weil ich glaube, dass die deutsch-französische Partnerschaft bzw. die Staaten Kerneuropas die europäische Idee retten können und müssen.

Ich bin aber auch überzeugt, dass solche asymmetrischen und komplexen Kriege wie in Syrien nicht allein militärisch gewonnen werden können. Die Syrien-Konferenz, bei der alle relevanten Akteure an einem Tisch sitzen, ist und bleibt das zentrale Instrument für eine Lösung in Syrien! Ich bin unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier dankbar, dass er mit Herzblut an einer diplomatischen Lösung des Konflikts arbeitet. Nach fünf Jahren Krieg in Syrien gebe es so etwas wie einen kleinen Hoffnungsschimmer, so Steinmeier. Nun müsse man dafür sorgen, dass daraus ein Licht wird.

→ Meine ausführliche Stellungnahme gibt es [hier](#)



Wie schon im ersten NSU-Ausschuss werden wir fraktionsübergreifend zusammenarbeiten. Das Thema ist zu wichtig für Parteibefindlichkeiten.

Endlich alle offenen Fragen klären!

Neuer Untersuchungsausschuss zum NSU startet

Die Aussagen der Angeklagten Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben im NSU-Prozess in München haben mich wütend gemacht: Sie sind ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen der Opfer des NSU! Damit stehen sie in der langjährigen Nazi-Tradition, gegenüber dem verhassten Staat nur das zuzugeben, was ohnehin schon nachgewiesen ist. Die juristische Bewertung der Aussagen obliegt selbstverständlich dem Senat beim OLG München. Für mich aber waren sie in vielen Details unglaublich und ohne Auswirkungen auf unsere Arbeit im NSU-Untersuchungsausschuss.

Als Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im neuen Untersuchungsausschuss zu den Terroranschlägen des NSU will ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen allen offenen Fragen, die sich vier Jahre nach der Selbstenttarnung der Terrorgruppe immer noch stellen, auf den Grund gehen. Waren es wirklich nur drei Personen, die diese schrecklichen Morde verübt haben oder gibt es nicht doch ein viel größeres Unterstützernetzwerk? Und kann es wahrhaftig sein, dass die Behörden nichts mitbekommen haben?

In meiner Rede im Bundestag anlässlich der Konstituierung des Untersuchungsausschusses habe ich betont, dass wir auch gesellschaftliche Akteure, wie z.B. Journalisten und NGOs, die sich schon seit Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen, ins Boot holen wollen. Deshalb haben wir für die erste Sitzung des Ausschusses Sachverständige eingeladen, die uns ihre Erkenntnisse zum NSU geschildert und ihre offenen Fragen für unsere Arbeit mit auf den Weg gegeben haben. Im neuen Jahr werden wir mit den Zeugenvernehmungen beginnen.

→ Meine Rede zur Einsetzung finden Sie [hier](#)

Mehr Geld für Extremismusprävention!

Neue Bundes-Koordinierungsstelle gegen gewaltbereiten Islamismus beschlossen

In meinem letzten Newsletter habe ich über meinen Einsatz für mehr Geld im Präventionsbereich geschrieben. Und tatsächlich ist es unseren SPD-Haushaltern in den Verhandlungen für 2016 gelungen, das Erfolgsprogramm gegen Extremismus „Demokratie Leben!“ von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) um 10,5 Millionen Euro auf 50,5 Millionen Euro aufzustocken.

Mich persönlich freut es insbesondere, dass aus dieser Erhöhung, die von mir geforderte Koordinierungsstelle gegen gewaltbezogenen Islamismus auf Bundesebene (siehe Positionspapier aus dem letzten Newsletter) eingerichtet wird. Dafür stehen 300 000 Euro zur Verfügung.

Diese Koordinierungsstelle soll die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure zur Deradikalisierung und Prävention vernetzen. Hier können sich die Vereine und Initiativen über Best Practice austauschen und Standards für ihre Präventionsarbeit definieren. Vor dem Hintergrund des enormen Bedarfs an „Ausstiegsberatung“ für radikalisierte junge Menschen bin ich sehr glücklich, dass es mir gelungen ist, Bundesmittel für diese Netzwerkstelle zu erhalten. Im nächsten Schritt werden wir gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium, der Bundeszentrale für politische Bildung, den Vereinen wie Violence Prevention Network, Ufuq und Hayat Deutschland die Stelle mit Leben füllen. Auf diese Arbeit freue ich mich!



Ich will bei der Präventionsarbeit auch die muslimischen Verbände mit ins Boot holen. Bei meinem Besuch in der Sehittik-Moschee in Berlin habe ich mich mit dem Gemeindevorsitzenden dazu ausgetauscht.



V.l.: Fraktionsvorsitzender Roland Richter, Martin Burkert MdB, Stadträtin Gabriele Laurich, Uli Grötsch MdB, Stadträtin Hildegard Burger.

„Ja“ zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof-Regensburg

Nur mit Lärmschutzmaßnahmen

Ende November hatte ich den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des Bundestages MdB Martin Burkert nach Weiden eingeladen, um den neuen Bundesverkehrswegeplan und insbesondere die geplante Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof-Regensburg mit ihm zu diskutieren. Unsere Meinung bleibt klar: Der Streckenausbau ist verkehrstechnisch sinnvoll, aber er geht nur anwohnerverträglich. Entsprechende Lärmschutzmaßnahmen sind daher aus unserer Sicht ein Muss.

In der Woche nach dem Besuch von Martin Burkert haben mich aus dem Verkehrsministerium dann zwei Nachrichten erreicht, für die ich kein Verständnis habe:

Zum einen verschiebt sich die für den 2. Dezember fest angekündigte Veröffentlichung des Bundesverkehrswegeplans erneut um mehrere Wochen, wenn nicht sogar Monate. Für diese ständigen Verzögerungen ist allein Bundesverkehrsminister Dobrindt verantwortlich!

Zum anderen erreichte mich in der gleichen Woche ein Antwortschreiben aus dem Bundesverkehrsministerium zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof-Regensburg. Bereits seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag setze ich mich intensiv dafür ein, dass das Ministerium und die Deutsche Bahn AG adäquate Lärmschutzmaßnahmen zusagen. In der neuerlichen Antwort drückt sich das Verkehrsministerium weiterhin vor einer klaren Aussage zu eventuellen Lärmschutzmaßnahmen und zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens im Rahmen der Elektrifizierung. Mit dem Verweis darauf, dass am Ende das Eisenbahn-Bundesamt die Entscheidung über die Verfahrensart trifft, schiebt der Verkehrsminister erneut die Verantwortung weiter. Die Anwohner erwarten aber zu Recht verbindliche Aussagen statt pauschaler Erläuterungen!

Ich werde in der Sache nicht locker lassen. Das Ministerium ist in der Pflicht, endlich klarzustellen, dass es an der Strecke entsprechende Lärmschutzmaßnahmen geben wird.



„So liebenswürdig er sich auch gibt, niemand mag ihn um sich haben und dass nur, weil er auffällt, wie ein bunter Rabe eben auffällt...“ (Aus „Der Rabe, der anders war“).

Vorlesen in der KiTa

Das anspruchsvollste Publikum

Aus 90 Kehlen ein lautes „Ja!“, so schallte es mir am 20. November im Städtischen Kinderhaus in Tirschenreuth entgegen. Ich hatte gefragt, ob die Kinder zuhause vorgelesen bekommen. Beste Voraussetzung für zwanzig Minuten gemeinsames Schmökern mit einem äußerst anspruchsvollen Publikum anlässlich des deutschlandweiten Vorlesetages. Seit ich Bundestagsabgeordneter lasse ich es mir nicht nehmen, beim Vorlesetag mitzumachen. Mittlerweile zum dritten Mal. Als Vater von zwei Töchtern weiß ich, wie wichtig Lesen und Vorlesen für die Entwicklung von Kindern ist. Meine kleinen Zuhörerinnen und Zuhörer blieben bei meinem Vortrag aus dem Bilderbuch „Der Rabe, der anders war“ sehr aufmerksam. Genauso wie der Vorgängerband „Als die Raben noch bunt waren“ wird hier das schwierige Thema Rassismus kindgerecht erklärt.



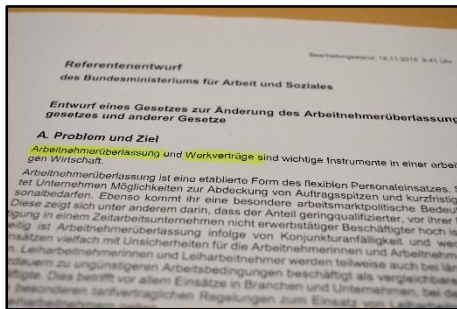
Eine Schule setzt Zeichen: Null Toleranz für Hass und Fremdenfeindlichkeit!

Schule ohne Rassismus

Staatliche Realschule Kemnath zeigt Courage

Über die Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ an die Staatliche Realschule Kemnath, unter der Leitung von German Helgert, habe ich mich sehr gefreut. In meinem Statement habe ich klar gemacht, dass „Deutsch“ zu sein in der Geschichte unseres Landes schon die verschiedensten Bedeutungen hatte. Die schlechteste Bedeutung erfuhr „Deutsch sein“ während der Zeit des Nationalsozialismus, der es zum Kampfbegriff der Ausgrenzung und des Tötens machte. Das dürfen wir noch nicht einmal im Ansatz wieder zulassen! Ich bin überzeugt, dass „Deutsch zu sein“ heute bedeutet, dass man da hilft, wo Hilfe Not tut, dass man weltoffen und tolerant ist und sich rechtem Gedankengut widersetzt.

Deshalb bin ich sehr stolz, dass sich 98 Prozent der Schülerinnen und Schüler, des Lehrerkollegiums und der Mitarbeiter der Realschule mit ihrer Unterschrift dafür ausgesprochen haben, Teil des Projektes "Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage" zu werden. Die Schule beteiligt sich damit gemeinsam mit 1700 Schulen im gesamten Bundesgebiet an der aktiven Präventionsarbeit gegen Diskriminierung. Das ist der richtige Weg zu einer starken hör- und sichtbaren Zivilgesellschaft.



Jetzt müssen wir bei den Verhandlungen mit der Union hart bleiben: Keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten!

Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen stoppen!

Wie die CSU die Regulierung des Arbeitsmarktes rückgängig machen will...

Kaum liegt der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen auf dem Tisch, schon ruft die CSU zum Widerstand auf!

Ungeheuerlich aber wahr: Die bayerischen CSU-Ministerinnen Ilse Aigner und Emilia Müller lehnen mit dem Vorwand „Flüchtlinge“ den Gesetzentwurf von Andrea Nahles ab, um die „Flexibilität“ auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Dieselbe CSU hat jüngst auch Ausnahmen vom Mindestlohn gefordert - wiederum wegen der Flüchtlinge.

Inzwischen haben sogar konservative Wirtschaftsforscher zugegeben, dass unsere Unternehmen Zuwanderung brauchen und Flüchtlinge den Arbeitsmarkt ankurbeln werden. Meiner Meinung nach ist es daher schäbig, Flüchtlinge als Vorwand für die Deregulierung des Arbeitsmarktes anzuführen.

Leiharbeit und Werkverträge sind in den letzten Jahren zum Einfallstor für Lohndumping und Druck auf Belegschaften geworden. Deshalb ist die wichtigste Maßnahme die Einführung einer Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten. Mit Ablauf dieser Zeit muss ein Arbeitnehmer grundsätzlich in seinem Einsatzbetrieb eingestellt werden. Zweiter Baustein des Nahles-Gesetzes ist die Einführung des „Equal-Pay“-Grundsatzes nach neun Monaten. Für mich ist dies nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur gleichen Bezahlung ab dem 1. Tag. Das setze ich gerne auf meine politische Agenda für die nächsten Jahre in Berlin - sofern die Wählerinnen und Wähler wollen!

Die SPD ist angetreten, um in der Großen Koalition den Arbeitsmarkt wieder gerechter zu machen. Deshalb lohnt es sich für mich und uns, nach Mindestlohn und Tarifeinheit auch für die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen - gegen CSU-Widerstand - zu kämpfen.